

Thomas Großbölting

Weder Schmuttelkind noch Prinzessin, oder: Warum die »alte« DDR-Geschichte am Ende, aber die DDR nicht »ausgeforscht« ist

Die DDR als Chance? Eine merkwürdige Formulierung, die augenblicklich Interesse weckt, aber auch zum Widerspruch reizt. Als »Chance wird«, so erfährt man in *Wikipedia*, »eine günstige Gelegenheit oder ein Glücksfall« bezeichnet.¹ Diese Zuschreibung ist einigermaßen erstaunlich, steht sie doch in krassem Gegensatz zur Selbsteinschätzung und Attitüde jener Zeithistoriker, die sich mit der DDR beschäftigen. Die DDR-Forschung stehe unter einem besonderen Rechtfertigungsdruck, so Dierk Hoffmann, Michael Schwartz und Hermann Wentker in ihrem Beitrag in diesem Band. Sie gelte als Angelegenheit weniger Spezialisten, die nichts Besseres zu tun wüssten, als noch die letzte Ecke dieses kleinen und untergegangenen Landes historiografisch zu erschließen.

Dass sich insbesondere auch Historiker, die zur DDR gearbeitet haben, immer wieder süffisant in Richtung des »ausgeforschten« Themas geäußert haben, spießen die drei Autoren zu Recht auf. Welche Vorstellung von Geschichtswissenschaft verbindet sich eigentlich mit der Aussage vom »Ausgeforscht«-Sein? Vielleicht die vom

1 Siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Chance> (21. 12. 2015).

leergefischten Karpfenteich, wie sie jüngst für die NS-Geschichte aufgebracht wurde?²

Sowohl die Vorstellung vom Menetekel DDR-Forschung wie auch die Idee vom Glücksfall, so mein zentrales Argument, gehen von der falschen Vorstellung aus, dass die DDR-Forschung in irgendeiner Weise eine Subdisziplin, ein Teilfach oder in sonstiger Art und Weise etwas von der allgemeinen Zeitgeschichte Separiertes sei. Das Gegenteil ist richtig: Die DDR ist Gegenstand der allgemeinen Zeitgeschichtsforschung und als solcher mit all den Chancen, Problemen und Diskussionen behaftet wie jedes andere Thema auch.

Anregende geschichtswissenschaftliche Forschung entsteht nicht aus der Koloration »weißer Flecken«. Anregende historische Forschung kann sich aus intelligenten Fragen an die Geschichte ergeben, die methodisch kontrolliert in der Auseinandersetzung mit den Quellen des Vergangenen beantwortet werden. Ins Negative gewendet: Vor diesem Hintergrund erscheint die DDR weder als Schmutzkind noch als begehrenswerte Prinzessin. Auf welche Resonanz die Arbeiten der DDR-Forscherinnen und Forscher stoßen, wie anschlussfähig sich diese an andere historische oder gesellschaftswissenschaftliche Themen erweisen und in welchem Maße sie über die Wissenschaft hinaus wirken, entscheidet vor allem deren Qualität.

Zwei Schritte sind zu klären, um diesen Befund fruchtbar zu machen. Fangen wir in der Vergangenheit an: Wie kommt diese eigentümliche Anschauung von der Teildisziplin DDR-Forschung zustande? Für die NS-Forschung etwa hat sich eine solche Vorstellung aller Spezialisierung zum Trotz so nie eingestellt. Dafür verantwortlich war keine vorausschauende Planung, sondern die lange Zeit zu verzeichnende Zurückhaltung, die NS-Geschichte überhaupt zu thematisieren. Die DDR-

2 Zitiert bei Michael Wildt, »Volksgemeinschaft«. Eine Antwort auf Ian Kershaw, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe 8 (2011) 1, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2011/id=4756>, Druckausgabe: S. 102–109, S. 102.

Forschung hingegen entwickelte sich in der »alten« Bundesrepublik zu einem organisatorischen und personell separaten Forschungsgebiet, das gut alimentiert und nah an der Politik je nach deutschlandpolitischer Konstellation entweder »Feindbeobachtung« betrieb oder den nahen und doch getrennten »Bruder-« oder »Schwesterstaat« analysierte. Ihre Akteure waren oft entweder Opfer der SED-Diktatur oder Renegaten, die von einer eigenen kommunistischen Grundüberzeugung ins Lager der parlamentarischen Demokratie gewechselt waren.³ Der bereits des Öfteren beschriebene exzeptionelle Boom der DDR-Forschung nach der deutschen Einheit baute darauf auf und wurde staatlicherseits durch eine geschichtspolitisch motivierte Förderung befeuert. Es galt, eine Diktatur aufzuarbeiten, deren System zu delegitimieren und die gesellschaftlichen Folgewirkungen der SED-Herrschaft zu analysieren. Dafür richtete man zwei Enquete-Kommissionen, Stiftungen, Forschungsinstitute und jede Menge Sondertöpfe ein, mit deren Möglichkeiten die Geschichte der dann »neuen« Bundesländer vielleicht zu der am besten erforschten Phase der deutschen Zeitgeschichte wurde. Dass dieser Boom einmal enden würde, hätte jedem Beobachter der Szene klar gewesen sein müssen.

Die Folgen des Hypes sind ambivalent und spiegeln sich, grob gesprochen, in einem enormen Faktenwissen über die DDR einerseits und in einer einseitigen Institutionalisierung andererseits wider. Die aus meiner Sicht weitreichendste negative Folgewirkung des Booms sei kurz benannt: Wer »Verinselung« einmal praktisch beobachten will, der sollte sich die Organisations- und Netzwerkstrukturen derjenigen Institutionen, Forscher und Lehrenden anschauen, die die DDR thematisieren. Diese beschränken sich auf einige wenige, leistungsstarke Institute und Zentren, die an wenigen Standorten qua großer Manpower das Feld dominieren. Am Normal-Geschichtsinstitut einer Feld-, Wald- und Wiesenuniversität hingegen kommt die DDR nicht

3 Jens Hüttmann, *DDR-Geschichte und ihre Forscher. Akteure und Konjunkturen der bundesdeutschen DDR-Forschung*, Berlin 2008.

oder nur kaum vor. Wer wollte sich der übermächtigen Konkurrenz auch stellen? Was für die Forschung verschmerzbar sein mag, ist für die Lehre und Vermittlung schwerwiegender: Wo die DDR in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern nicht vorkommt, hat sie auch in der Schule ein schweres Standing.⁴ Wer über die Vernachlässigung der DDR-Geschichte im Schulkontext klagt, der darf über diesen Aspekt der Verinselung qua Institutionalisierung nicht schweigen.

Das der Diskussion zugrunde gelegte Papier von Hoffmann, Schwartz und Wentker ist mit Blick auf die Vermittlung von DDR-Geschichte eine Mahnung. Zum anderen ist es eine Bestandsaufnahme dessen, was in 25 Jahren DDR-Forschung geleistet wurde. Gewissenhaft skizziert es die bisher gezogenen Bahnen einer politikzentrierten Zeitgeschichte und orientiert sich dabei an den Strukturen und Aktionen des DDR-Machtapparats. Aus dieser Perspektive benennt es dann nicht nur Leerstellen, zu denen zweifelsohne die Wirtschaft, die Wirtschaftsverwaltung wie auch Teile der Parteienlandschaft der DDR gehören, sondern macht sehr verdienstvoll auch auf die schwierige Situation in der öffentlichen Thematisierung dieses Parts der deutschen Vergangenheit aufmerksam.

Allerdings spiegelt sich in diesem Papier auch ein Stück der Provinzialität der DDR-Forschung wider, die in der Debatte zwischen 2003 und 2005 so lebhaft beklagt wurde,⁵ fokussieren die Autoren doch fast ausschließlich auf die deutschsprachige Forschung. Jan Palmowski's bahnbrechende Rekonstruktion der Verschiebungen im Heimat-Begriff wie auch des doppelten Schweigens über die Stasi im dörflichen Kontext, sowohl vor wie auch nach dem Ende der DDR,⁶ bleibt ebenso unerwähnt wie der Band »Burned Bridges«, in dem Edith Sheffer

4 Vgl. den Beitrag von Hoffmann, Schwartz und Wentker in diesem Band.

5 Vgl. die Dokumentation in Frank Möller/Ulrich Mählert (Hrsg.), *Abgrenzung und Verflechtung. Das geteilte Deutschland in der zeithistorischen Debatte*, Berlin 2008, S. 123–201.

6 Jan Palmowski, *Inventing a Socialist Nation. Heimat and the Politics of Everyday Life in the GDR, 1945–90*, Cambridge 2009.

die Prozesse der Selbstseparierung der Deutschen längs der Mauer beschreibt.⁷ Viele andere Autorinnen und Autoren ließen sich nennen. Dabei geht es nicht darum, mit diesem Hinweis einen ohnehin nur fiktiv erreichbaren Anspruch auf Vollständigkeit einzufordern. Es geht um das große Anregungspotenzial, das in der Auseinandersetzung mit englischen, französischen oder sonstigen Sichtweisen liegt und eigene, national geprägte Einseitigkeiten und Verzerrungen erkennen lässt.

Es gibt eine weitere Unwucht, die sich durch das Papier zieht und unmittelbar mit dem erstgenannten Punkt zusammenhängt. Die Vorstellung, dass die einzelnen Felder der zeithistorischen Arbeit mit Blick auf die verschiedenen politischen Systeme in Deutschland angemessen ins Verhältnis zu setzen seien, gibt dem Beitrag etwas Buchhalterisches. Das ist zunächst ein Argument, das auf die Politik zielt: Nein, die DDR-Forschung sei nicht über Gebühr alimentiert worden und habe anderen Feldern der Forschung mitnichten Geld entzogen, argumentieren die Autoren. Natürlich geht es auch im Fall der DDR-Forschung um forschungspolitische Konkurrenz, Einfluss und Fördermittel. Die Auseinandersetzungen jedoch, die im Fach und vor allem in den Reihen der Gedenkstätten und verwandten Einrichtungen geführt wurden (und werden), verstärken vor allem eines: die Abwendung und die Verinselung eines Faches, das mit sich selbst beschäftigt ist und für das sich ein weiteres Publikum nicht mehr interessiert. Das erinnert ein wenig an das politische Farbenspiel bei der Besetzung von Beiräten oder an Proporzregelungen in den Vorständen von Parteien: Zu zwei Portionen Nationalsozialismusforschung gebe man jeweils einen Teil DDR- und altbundesrepublikanische Expertise und verfeinere das Ganze wahlweise mit mehreren Löffeln Gender-, Generationen- oder Kulturstudien. Am Ende steht dann vielleicht ein politisch korrektes, in jedem Fall aber fades Geschichtsbild. Das ist Karikatur, zugegeben. Aber in der Überspitzung verweist es vielleicht auf das Kernproblem.

7 Edith Sheffer, *Burned Bridges. How East and West Germans made the Iron Curtain*, Oxford 2011.

Im Sinne einer Selbstevaluierung von Forschungsförderprogrammen wäre vielleicht einmal die Gegenfrage zu stellen: Entsteht originelle Forschung, die das Geschichtsbild über die Fachöffentlichkeit hinaus prägt, vielleicht nicht mit viel höherer Wahrscheinlichkeit am Rande oder gar außerhalb der Bahnen, die durch die Förderprogramme und deren inhaltliche Festlegungen vorgegeben sind?

Was lässt sich an Alternativen denken? Um hier eine Orientierung zu bekommen, lohnt es sich, die breiten Scheuklappen des internen Wissenschaftsbetriebs kurz abzustreifen und die öffentliche Wirkung des Faches zu reflektieren. Die Geschichtswissenschaft ist insofern eine angewandte (und deswegen ungemein wichtige) Wissenschaft, als sie die Orientierungsbedürfnisse ihrer jeweiligen Entstehungszeit aufgreift, ihre eigenen Erkenntnisse in diese Diskussion einbringt und im Idealfall das wissenschaftliche und öffentliche Gespräch produktiv irritiert und befördert. Für die Zeitgeschichte, die als jüngste Teildisziplin ihr Profil vor allem aus dem Legitimationsbedürfnis des Nationalen im und nach dem Ersten Weltkrieg gewonnen hatte, gilt das in ganz besonderer Weise. Gerade hier ist die Entwicklung von Forschung ebenso wenig von ihrem allgemeinen Umfeld zu trennen wie die Verbreitung ihrer Ergebnisse. Alle Trends und Neuentwicklungen sind immer auch Reaktionen auf kulturelle Orientierungsfragen und Bedürfnisse von »außen«. War die DDR ein Unrechtsstaat? Wie steht es um die Verantwortung der verschiedenen Gruppen von Funktionsträgern? Wie erklärt sich Ostalgie nach 1990? Viele dieser und ähnlicher Fragen sind in den Medien aufgekommen, manche davon sind bis heute unbeantwortet.

Es ist das im Vergleich zu anderen historischen Themenbereichen größere öffentliche Interesse an Fragen der jüngsten Vergangenheit, das der Zeitgeschichte eine besondere Verantwortung auferlegt. Die Idee, dass im Vorfeld solcher Forschungen – abgeleitet aus dem Archivwesen – eine Schamfrist von dreißig Jahren zu verstreichen habe, hat sich spätestens mit dem Stichwort der »Problemggeschichte der Gegenwart« (Hans Günther Hockerts) erledigt. So sehr diese Entwicklung zu

begrüßen ist, so fehlt doch ein intensives Nachdenken über die Konsequenzen dieser Neuorientierung. Es fängt bei ganz praktischen Fragen an: Wie sichere ich eigentlich Quellen, die noch nicht im Archiv gelandet sind?⁸ Das gilt für elektronische Datensätze ebenso wie für Oral-History-Interviews, für die bislang noch kein zentraler Anlauf- und Sammelpunkt existiert. Das geht mit ganz prinzipiellen Fragen weiter: Wie umgehen mit den Datenmassen, die seit zwei Jahrzehnten exponenziell angehäuft werden? Wie sich abheben und orientieren in einer Vielzahl von Selbstbeschreibungs- und Deutungsangeboten, die Publizistik und gegenwartsorientierte Disziplinen schon vorgelegt haben?

Mit Blick auf die deutsch-deutsche Geschichte und die Historisierung der Vereinigungsgesellschaft, wie sie so oft gefordert und trotz eines Abstands von mittlerweile 25 Jahren niemals monografisch konsequent realisiert wurde, wird es nicht darum gehen können, die bei der Darstellung der Geschichte der DDR und der Bundesrepublik bewährten Linien einfach weiterzuziehen. Hier muss sich historische Forschung vor allem auch methodisch neu orientieren: Wir werden erklären müssen, was wir anders und, vor allem, was wir besser machen können als die benachbarten gegenwartsorientierten Disziplinen. Die Erforschung der DDR ist dabei nur ein, aber ein durchaus wichtiger Teil dieses Diskussionszusammenhangs, der die Zeitgeschichte als Ganze betrifft.

Statt Normierungen ist vielleicht eine Richtungsangabe hilfreich: Die scharfen politischen Zäsuren in Deutschland – die Machtübertragung an die Nationalsozialisten, Kriegsende und Zusammenbruch, die friedliche Revolution 1989 – haben bislang die Fragen nach dem »Warum« fast automatisch aufgeworfen. Über methodische Zugriffe musste man bei der Wucht dieser Fragen kaum nachdenken, sondern konnte sich ungestüm in den Deutungskampf der Zeitgenossen wie auch der benachbarten Disziplinen stürzen.

8 Kiran K. Patel, *Zeitgeschichte im digitalen Zeitalter. Neue und alte Herausforderungen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 59 (2011), S. 331–351.

Um sich wissenschaftlich in diese Diskussionen einbringen zu können, erscheint mir über ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution eine Orientierung sinnvoll, die stärker auf das »Wie« schaut und damit die jeweils tagesaktuelle und politikwissenschaftliche Perspektive sinnvoll ergänzt. Nicht die Entwicklungen und ihre unmittelbare Abfolge, sondern Hintergründe, sich darin brechende Mentalitäten und aufscheinende Verwerfungen, die die politische und gesellschaftliche Kultur in Deutschland bis heute prägen, sollten im Mittelpunkt stehen. In diesen und anderen methodischen Diskussionen öffnete sich dem hier in Augenschein stehenden Forschungsfeld eine besondere »Chance«. An dieser Stelle könnte die DDR-Forschung eine Vorreiterfunktion übernehmen, wenn sie die Großdeutungen und Metanarrative der Zeitgenossen wie auch der Nachbardisziplinen hinterfragen und nach Möglichkeit produktiv verstören würde.

Eine zweite Sollbruchstelle bei der Geschichtsschreibung zur Fast-noch-Gegenwart ist die Frage nach dem Verhältnis von Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft. Hier befindet sich die Geschichtswissenschaft in einem Netz von Abhängigkeiten, in dem die gesteigerte Aufmerksamkeit für das Fach rasch umschlägt in eine *liaison dangereuse*. Wie viel Distanz müssen wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eigentlich zur Politik halten? Oder, umgekehrt gefragt: Wie stark darf die immer schon politiknahe Zeitgeschichtsschreibung in den Sog der (Geschichts-)Politik, ihrer Interessen und ihrer Fördergelder geraten?⁹ Wo Politik und Zivilgesellschaft darauf setzen, dass aus der Geschichte zu lernen ist, und dementsprechend auch Initiativen der historischen Forschung im Sinne einer historisch-politischen Bildung qua Fördermittel lenken, da muss Geschichtswissenschaft sowohl um ihrer selbst willen wie auch mit Blick auf ihren Gegenstand an ihrer Autonomie

9 Erhellend dazu die Ausführungen von Markus Goldbeck, Die Ambivalenz staatlicher Förderung: Eine Chance für die DDR-Forschung oder »gefährliche Abhängigkeit«?, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 22 (2014), S. 1–16.

festhalten und fachintern um Qualitätsmaßstäbe streiten. Das ist kein Problem speziell für die Geschichtsschreibung zur DDR, aber an diesem Gegenstand ließen sich Probleme und Chancen besonders eindrücklich diskutieren, da politische Interessen und ihre Akteure nach wie vor hoch präsent sind. Mir erscheint es noch weithin offen, wie das Fach Geschichte von diesem großen öffentlichen Interesse (mit)geprägt und wie es die skizzierte Gratwanderung meistern wird. Eine selbstkritische Reflexion dieses immer stärker greifenden Zusammenhangs von wissenschaftlicher (Eigen-)Entwicklung und medial-öffentlichem Interesse steht wohl erst am Anfang.